

Management gesellschaftlicher Projekte im Umfeld von Parlament und Lobby-Organisationen

Fehlender Dualismus und jahrzehntelange Verarmung der Vielfalt durch Lobby-Arbeit

Die Gefahr zunehmender Erzwingung der Technologienutzung, anstatt kritischer Technologiebewertung

Update zum „Registerübergreifendes Identitätsmanagement als Teil der Registermodernisierung“ (ab Seite 5 Mitte)

In schnellen Abfolgen, gesichert über langfristige Investitionen des Staates, in direkter Kooperation mit den Unternehmen, werden bundesweit gesellschaftliche Projekte großer Tragweite entwickelt. Diese Projekte werden in den Bundesministerien bearbeitet und über Positionspapiere und Projektbeschreibungen dokumentiert und veröffentlicht. In der Regel müssen wir diese Veröffentlichungen selbst entdecken, denn man macht nicht viel Aufhebens darüber. Wer sich dafür interessiert folgt der ungeheuren Dynamik der Entwicklung, entdeckt einen Sachverhalt und trägt ihn weiter. Bemerkenswert ist, dass dieser Prozess meist mit einer Verzögerung von einigen Monaten stattfindet, so dass die daraus resultierenden Verspätungen einer kritischen Analyse und notwendige Kritik den Verlauf der Projekte nicht aufhalten können. Die Größenordnung der Projekte kann über die Reaktionen der Presse eingestuft werden, sofern diese auch zeitnah aufgegriffen werden und ein Medienecho in Toppositionen erzeugen. Eine Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass die Projektleiter entsprechende ausgeprägte Maßnahmen initiieren, die eine ausreichend große Pressereaktion anstoßen.

Beispiele für diese Bundes-Projekte gibt es unüberschaubar viele, z.B. die im Rahmen der Digitalisierungsstrategien vorangetrieben werden. Siehe z.B. über google

BMI - Referat V II 2 Berichtsdatum: 10. März 2020

1

Registerübergreifendes Identitätsmanagement als Teil der Registermodernisierung Abschlussbericht zur Sondierung eines registerübergreifenden Identitätsmanagements mit Einbezug der Erfahrungen mit der Steuer-Identifikationsnummer für die Innenministerkonferenz 17. - 19. Juni 2020

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich eine politische und ministerielle Infrastruktur ausgebildet, die ein bundesweites staatliches Projektmanagement betreibt, deren Organisation und Abläufe sich den Bürgern entziehen. Angesichts der hohen Bedeutung der Projektentscheidungen für unsere Gesellschaft und jeden Bürger ist es dringend erforderlich den kompletten

Ablauf der staatlichen Projekte und ihres Managements aufzudecken und einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Dabei geht es um eine Analyse, die alle beteiligten Institutionen betrachtet und die Verkettungen von den Parteien über das Parlament und den Lobbykontakten zu den Unternehmen bis hinein in die Ministerien detailliert beschreibt. Diese Forderung trifft auf eine Infrastruktur die über Jahrzehnte perfektioniert wurde und in eine gewachsene Demokratie eingebettet ist, die wir bewerten müssen.

Wir können es uns nicht mehr leisten einer sachlichen Bewertung aus dem Weg zu gehen, denn die Summe der bekannt gewordenen neuen Ausrichtungen der Gesellschaft ist in ihren einseitigen Betrachtungen und Ergebnissen nicht mehr hinnehmbar. Es fehlt doch deutlich an lebendigen Diskussionen und inhaltlicher Meinungsvielfalt sowohl im deutschen Parlament, als auch im Projektmanagement der Ministerien. Es geht nicht darum, im Vergleich zu anderen Ländern, das Maß an bestehender Demokratie und Freiheit in unserem Land zu diskreditieren und leichtfertig in Frage zu stellen, sondern es geht um die dringende Anforderung, angesichts der Tendenzen zur Erzwingung der gesellschaftlichen IT-Projekte, unsere Demokratie zu retten und zu erweitern.

Es kann durchaus sein, dass viele der Projektbeteiligten vor der Komplexität der Situation und der Technologien kapitulieren und glauben das zunehmende Erzwingung, gegenüber unmündigen Bürgern, der einzige Rettungsanker sei. Diese Maßnahmen müssen jedoch auf breiter bürgerlicher Basis diskutiert und gemeinsam, z.B. mit Volksabstimmungen, autorisiert werden. Andernfalls gibt es eine Ausweitung der staatlichen Maßnahmen in eine Größenordnung, die irgendwann vom smarten post-demokratischen Umfeld nicht mehr beherrscht werden kann.

Ausgehend von meinem Engagement gegen die elektronischen Gesundheitskarte und Telematikinfrastruktur bin ich an Themen und Fragen geraten, die sehr schwer zu erforschen sind, geschweige denn beantwortet werden können. So bin ich relativ bald auf die Frage gestoßen welche Organisationsformen das deutsche Parlament aufweist, auch in Bezug auf die wissenschaftliche Beratung und die Bewertung von Technologien.

In dieser Frage bin ich auf Erstaunliches gestoßen in Form einer Schrift zum öffentlichen Recht aus dem Jahre 1976 mit dem Titel*: „ Organisationsformen der wissenschaftlichen Beratung des Parlamentes“ Untertitel: „Eine Untersuchung zur institutionellen Verankerung einer Technologiebewertungseinrichtung beim Deutschen Bundestag“ von Heinz Joachim Quick, Krefeld, Band 306 (ISBN 3-428.03736-7). Die Schrift wurde als Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der hohen rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln von Heinz Joachim Quick vorgelegt.

Das Erstaunliche an dieser Schrift von 1976 ist die hohe Aktualität der Beschreibungen als Quelle für die Arbeitsweise des deutschen Parlamentes, der Lobbyorganisationen und der wissenschaftlichen Beratung und deren Dienste. Gleichzeitig liefert diese Quelle die Gründe für das Ausufern der Lobby-Organisationen im deutschen Parlament und zeigt bereits 1976 die möglichen Gefährdungen auf, die für das deutsche Parlament und die Gesellschaft dadurch entstehen. Die 150 Seiten sind für mich weiter eine unerschöpfliche Quelle mich mit diesen Themen und Fragen auseinanderzusetzen. Ich kann Ihnen hier an dieser Stelle keinen Querschnitt der Schrift liefern, die leider nur noch im Antiquariat erhältlich ist und nicht mehr aufgelegt wird, aber ich will Sie darauf hinweisen, dass die Schrift ein Beweis dafür ist, dass bereits in den 70er Jahren die Situation und die Gefahren erkennbar waren, die uns heute nach mehr als 45 Jahren ungebremster Entwicklung der Demokratie schwer zu schaffen machen. Im Prinzip ist die Schrift geeignet ein Update im Jahr 2020 zu erfahren, was allerdings weitaus größere Aufwendungen erfordern würde. Genau an solch einer Analyse und Schrift fehlt es, die den von Heinz Joachim Quick prognostizierten Zustand mit der heutigen Situation abgleicht.

Hier einige exemplarische Auszüge aus der Schrift (Zitatform, Quelle siehe Titel* oben), Seite 47 von 150 Abschnitt a) von Heinz Joachim Quick:

a) Dualismus als Voraussetzung parlamentarischer Kontrolle

Die Versuche der Vergangenheit, die parlamentarische Kontrolle empirisch zu ordnen oder zu typisieren und sie quantitativ zu erfassen, zeigen, daß diesem Vorhaben unüberwindbare Schwierigkeiten entgegenstehen. Es soll hier nun nicht der Versuch unternommen werden, diesen Anstrengungen eine weitere hinzuzufügen; lediglich zwei grundsätzliche Kriterien zur Kontrolle bedürfen der Hervorhebung.

*Ellwein ** führte aus, daß nur ein Teil der Kontrolle sich im formellen Rahmen abspielt, während ein anderer Teil, ohne daß es zum Ausdruck kommt, erfüllt wird.*

Der verantwortliche Minister hat z.B. in seiner Fraktion Auskunft zu geben, man zitiert politische Beamte in die Arbeitskreise der Mehrheitsfraktion..

In diesen Äußerungen der „internen Kontrolle“ drückt sich die enge Verflechtung zwischen Parlamentsmehrheit und Regierung aus, die das Vorliegen einer wirklichen Kontrolle in Zweifel zieht.

*Ellwein ** Das Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland*

Alleine dieser Abschnitt zeigt wie komplex damals schon das Geschehen war und welche Gefahren sich abgezeichnet haben, so dass der erneuten Betrachtung und Aufdeckung der parlamentarischen Prozesse im Jahr 2020

eine hohe Bedeutung zukommt.

Aus meiner Sicht besteht heute für die Erstellung der Vorlagen, die für politische und gesellschaftliche Entscheidungen und Projekte herangezogen und von den Lobby-Arbeitern, den politischen Beratern und wissenschaftlichen Diensten bereitgestellt werden, eine extreme Abhängigkeit von den technischen und finanziellen Potenzen, die zur Verfügung stehen.

Da wo die komplexen Technologien entstehen sind auch die finanziellen und personellen Mittel gebunden diese zu beschreiben. Die technischen Dokumentationen und die begleitenden Dokumentationen entstehen also in der großen Nähe und überwiegend positiven Befürwortung der Technologien und implementieren daher heute nicht mehr die erforderliche Unabhängigkeit der kritischen vergleichenden Betrachtungen. Wegen der hohen Komplexität, die auch auf den zugrundeliegenden Informationswissenschaften beruht, entstehen in der Anfangsphase der gesellschaftlichen Projekte zunächst keine ausreichenden gegenläufigen Analysen.

Im Gegenteil die anfänglich entstandenen Dokumentationen, Beschreibungen und Aussagen sind dann die Grundlage für die Politiker, ohne dass sie in ausreichender Form auf alternative Inhalte zugreifen können. Dies hat sich für mich z.B. dadurch bestätigt, das im Laufe von 5 Jahren die Antwortschreiben von Politikern und anderen Institutionen, wegen der elektronischen Gesundheitskarte und Telematikinfrastruktur, sowie den Krankenkassen oder den Gerichten stets die gleichen Wortschnipsel und gleichen Formulierungen enthielt.

Das Ganze ist bereits ein Ausdruck der unisonen Technisierung der Demokratie ohne einen ausreichenden Dualismus als Voraussetzung parlamentarischer Kontrolle und Diskussion. Besonders krass zeigt sich dies auch in den automatisierten technisierten Antwortverfahren, die Politiker benutzen. Heute müssen wir uns, mit den digitalen Anrufbeantwortern, Email- und Dokumentenmanagement-Systemen der Politiker herumärgern, die den Anschein erzeugen wir haben es mit einer lebendigen Demokratie zutun. Bald wird die künstliche Intelligenz dieses Abweisungssystem womöglich noch weiter perfektionieren. In meinem Fall muss ich ehrlicherweise sagen, es gab Ausnahmen bei den Politikern und ich habe etliche Antworten bekommen, die eine gewisse Anstrengung zeigen, eine personalisierte Antwort zu liefern. Dennoch sind diese Antwortschreiben stets gespickt mit den Aussagen der ursprünglichen Dokumentationen, die die Lobby-Organisationen der Politik zur Verfügung gestellt haben. Dies hat sich überdeutlich in den Aussagen zur eGK und Telematikinfrastruktur gezeigt, die exakt in dieser Form aus dem gematik Whitepaper zur Sicherheit der eGK und TI entstammen.

Ich sehe mit großer Sorge wie die Demokratie erodiert und ich sehe sehr viele Baustellen, wie die Weiterentwicklung des deutschen Parlamentes, die eigentlich eröffnet werden sollten, damit wir dem Zwang Einhalt gebieten, der

zu leichtfertig Mittel zum Zweck geworden ist. Es darf nicht sein, dass z.B. Politiker mit neuen Gesetzen die Bürger dazu zwingen ein bestimmtes technisches IT-System, wie die Telematikinfrastruktur zu nutzen und Ihnen keine Wahl zu lassen sich anders zu entscheiden. Nicht nur das offensichtlich dringender Bedarf besteht den „Dualismus“ wieder aufleben zu lassen, es besteht auch dringender Bedarf die nächste Stufe der politischen Entwicklung, der zunehmenden Integration von Erzwingungsgesetzen, als Mittel zum Zweck, einen bürgerlichen Riegel vorzuschieben.

Ich appelliere an alle verantwortlichen Politiker diese Entwicklung zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu ergreifen, damit die Errungenschaften unserer Demokratie erhalten und ausgebaut werden können.

Ich finde es erschreckend, dass es soweit gekommen ist.

**Update 12.8.2020 zum „Registerübergreifendes
Identitätsmanagement als Teil der Registermodernisierung“**

„Denn Sie wissen nicht was Sie tun, nein, denn Sie wissen was sie tun“

Ja Sie wissen was Sie tun, nichts anderes definiert die bittere Realität der politischen Gesetzgebung und dem Projekt einer eindeutigen Kennziffer für jeden Bürger, verbunden mit einer übergreifenden Vernetzung aller personenbeziehbaren Datenquellen. Wer die nachfolgenden Inhalte liest, kann erkennen, dass es keine staatlichen Einschränkungen der Umsetzung mehr gibt und das Verfassungsgericht die letzte Instanz ist, die noch angerufen werden kann um das Schlimmste zu verhindern. Diese Hoffnung steht jedoch auf wackligem Boden, denn in der Natur der Umsetzung der IT-Systeme liegt es funktionsfähig zu bleiben, auch wenn das Verfassungsgericht mit entsprechenden Urteilen dem entgegen wirkt.

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/202/1920288.pdf>

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Innenminister-Melderegister-sollen-ueber-die-Steuer-ID-vernetzt-werden-4615550.html>

<https://netzpolitik.org/2020/registermodernisierung-eine-nummer-sie-alle-zu-finden/>

In dem Abschlussbericht zur Sondierung eines registerübergreifenden Identitätsmanagements mit Einbezug der Erfahrungen mit der Steuer-Identifikationsnummer für die Innenministerkonferenz 17. - 19. Juni 2020 wird unter Abschnitt 4 ausgesagt, ich zitiere:

Als Ausgangspunkt der konzeptionellen Überlegungen für ein Basismodell wurde mit der ersten Anforderung des Vorschlags vom 11. Februar 2019 begonnen. Dies sind die Errichtung eines Kerndatensystems - im Folgenden als Identitätsregister bezeichnet - in dem die Basisdaten aller Personen mit Verwaltungskontakt gepflegt werden, und die Einführung eines verlässlichen und robusten Identifiers, der entsprechend Art. 87 DSGVO die Rechte und Freiheiten der Person wahrt und den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht.

-
Die Einführung eines verlässlichen und robusten Identifiers mit der Wahrung der Freiheit der Person und den verfassungsrechtlichen Anforderungen zusammenzubringen ist ein Anachronismus, ein Widerspruch in höchster Potenz.

Eine global eindeutige Kennziffer basiert auf den neuesten Konzepten und Technologien der semantischen Datenverarbeitung und ist schon für sich betrachtet eine sehr gefährliche Komponente der permanenten Bürgerkontrolle und Erfassung aller unserer Daten und Aktivitäten, besonders im Kontext eines übergreifenden Kerndatensystems. Die nachfolgenden Links erläutern 2 Varianten von Identifiern:

https://de.wikipedia.org/wiki/Universally_Unique_Identifier

https://de.wikipedia.org/wiki/Globally_Unique_Identifier

Falls Sie die Zeit hatten alles zu lesen ist Ihnen die Rolle des IT-Planungsrates aufgefallen und der Begriff des Kerndatensystems. Im Kontext finden Sie hier verwandte Informationen (*ich biete aus Sicherheitsgründen keine aktiven Links an, die Sie direkt aus meinen PDF-Dokumenten ausführen können*):

https://www.arbeitsagentur.de/datei/weisung201712026_ba016037.pdf

https://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Fachkongress/4FK2016/KeynoteAZR_Verenkotte_PBVA.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Aus den Links läßt sich folgern dass Kerndatensysteme, auf Basis der staatlichen Projekte, im Entstehen begriffen sind und allmählich die unterschiedlichen Datenquellen immer besser vernetzt und ausgewertet werden können. Für diesen Prozess sind die semantischen Konzepte und Technologien der Schlüssel, denn sie liefern die bisher fehlenden Möglichkeiten einer Vernetzung mit Hilfe von Metadaten. Die in die semantischen Technologien integrierten Nummernsysteme, wie UUID, GUID, OID u.v.m. bilden die idealen auswertbaren eindeutigen Referenzen zwischen unterschiedlichsten Datenquellen.

Meine Schlussfolgerung der Anwendung der strikten Einhaltung und

Anwendung des Dualismus und der parlamentarischen Kontrolle im Vorfeld der Projekte muss besonders auch auf das Projekt des „robusten Identifiers“ angewendet werden, damit solche negativen und gefährlichen Entwicklungen erst gar nicht entstehen können. Der Begriff „robust“, in der Verbindung zur einer global eindeutigen und einmaligen Kennziffer, zeigt die absurde Abkopplung der Projektmacher von der erforderlichen Dezentralität unserer Daten und Anonymität unserer Existenz, damit unsere Freiheit und Selbstbestimmung erhalten wird.¹

11.8.2020

Rolf D. Lenkewitz
87769 Oberrieden
0163170 68 09

[www.rdlenkewitz.eu](http://www.rdlenkewitz.eu/DSGVO/dsgvo.html)<http://www.rdlenkewitz.eu/DSGVO/dsgvo.html>